

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

A 0195/2016 (VWD)

**Auftrag Fraktion SP: Massnahmen gegen flächendeckende Poststellenschliessungen (16.11.2016)**

Der Regierungsrat wird aufgefordert zu prüfen, welche Massnahmen die Kantonsregierung treffen kann, um sich gegen die von der Post angekündigten weiteren flächendeckenden Poststellenschliessungen zur Wehr zu setzen, die zu einem fortgesetzten Abbau von Leistungen für Privatkunden und insbesondere KMU führen. Insbesondere sollen die Gemeinden, die meist alleine der Willkür der Post gegenüberstehen, unterstützt werden. Der Regierungsrat soll dabei ausdrücklich die Sicht der Kunden (Private und KMU) im Kanton Solothurn vertreten und sich auch aus übergeordneter kantonaler Sicht gegen die bekannten Postpläne wehren.

*Begründung 16.11.2016: schriftlich.*

Am Mittwoch 26. Oktober hat die Post angekündigt, dass sie weitere 500-600 Poststellen schliessen will. Für diese Schliessungspläne, will sie nun auch die Kantonsregierungen einspannen. Diese Gespräche finden in den nächsten Wochen statt.

Völlig unhaltbar ist, dass Poststellen geschlossen werden, die auch über eine hohe Frequentierung verfügen und insbesondere eine wichtige Dienstleistung für unsere KMU sind. Häufig wird in der Öffentlichkeit immer noch das Bild vermittelt, es ginge um Klein- und Kleinstpoststellen. Diese sind aber praktisch alle schon geschlossen worden. Bereits existieren nämlich von ehemals 4000 Poststellen jetzt schon nur noch 1200.

Jetzt drohen schon konkret Gemeinden mit 3000 bis 5000 Einwohnern eine Schliessung. Vielen Kantonen, Städten, Gemeinden und Quartieren ist klar, dass der Abbau von Poststellen einer weiteren Reduktion des Service public gleichkommt. Sie befürchten, an Attraktivität zu verlieren. Dieser Abbau betrifft neben der Wohnbevölkerung vor allem auch die Wirtschaft, insbesondere viele KMU. Denn die von der Post beworbene Agenturlösung ist bei den noch existierenden Poststellen keineswegs ein Ersatz für eine klassische Poststelle. Postagenturen können viele Dienstleistungen nicht mehr anbieten, unter anderem keine Adressänderungen, keine Gerichtsurkunden und keine Betreuungsurkunden aushändigen, Identifikationen sind ebenfalls unmöglich. Massenversände von Geschäftskunden und Vereinen, Promopost, unadressierte Mailings sind ebenfalls nicht vorgesehen. Sogar das „Münzwechseln“ ist meist nicht möglich. Von wirklich sachdienlichen Auskünften auch in Monopolgeschäften ganz zu schweigen. Damit würden Gemeinden ohne Poststelle benachteiligt, was eine hohe regionalpolitische Relevanz hat. Nicht zuletzt vernichtet die Post ohne Not (sie schreibt seit Jahren Milliarden Gewinne) sinnvolle Arbeitsplätze.

Die Post droht den Gemeinden dabei standardmässig mit einer Vogel-friss-oder-stirb-Erpressung. Deshalb brauchen die Gemeinden wenigstens den Kanton auf ihrer Seite.

*Unterschriften:* 1. Franziska Roth, 2. Urs Huber, 3. Markus Baumann, Markus Ammann, Fränzi Burkhalter, Simon Bürki, Simon Esslinger, Hardy Jäggi, Angela Kummer, Thomas Marbet, Fabian Müller, Stefan Oser, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Urs von Lerber (16)